

Pakistan im Überblick

zusammengestellt von Jakob Vogel

Diplomatischer Tiefpunkt nach US-Kampfhubschrauber-Angriff auf Grenzposten

Bei einem Angriff von US-Kampfhubschraubern auf den „Salala“ Beobachtungsposten etwa 1,5 Kilometer landeinwärts kamen mindestens 24 pakistanische Soldaten ums Leben, weitere 13 wurden verletzt. Dieser Vorfall ereignete sich am frühen Morgen des 26. November 2011 in der Mohmand Agency, einem Teil der Stammesgebiete entlang der Grenze zu Afghanistan. Nach US-Militärangaben ist der Vorfall auf ein Missverständnis zurückzuführen, nachdem zuvor gemeinsam agierende US- und afghanische Spezialtruppen in Grenznähe von militanten Gruppen mit Granatwerfern und Handfeuerwaffen angegriffen wurden. Diese von Associated Press (AP) publizierte Meldung geht soweit, dass die Taliban – wissend um die fragilen Beziehungen zwischen Pakistan und NATO und USA – bewusst einen grenzüberschreitenden Angriff provozieren wollten. Auf ein Hilfsersuchen bei der pakistanischen Armee hätten die Spezialtruppen die Antwort erhalten, dass in diesem Gebiet keine pakistanischen Einheiten eingesetzt seien. Pakistanische Militärsprecher wurden demgegenüber in Medienberichten zitiert, dass ein bewusster Luftangriff der ISAF nicht auszuschließen sei. Auf pakistanischer Seite wurden Entschuldigungen der NATO und der USA nicht akzeptiert – innerhalb von drei Jahren seien bei solchen Angriffen 72 pakistanische Soldaten getötet worden. Noch am selben Tag wurde in Islamabad das Verteidigungskomitee der Regierung einberufen. Als erste Reaktionen wurden alle NATO- und ISAF-Versorgungstransporte durch Pakistan mit sofortiger Wirkung eingestellt und den USA ein Ultimatum gestellt, alle US-Kräfte von der Luftwaffenstation Shamsi in Beluchistan innerhalb von 15 Tagen abziehen. Von Shamsi aus werden unter anderem CIA-Drohnenangriffe im Grenzgebiet durchgeführt. Als weitere Reaktion sagte die pakistanische Regierung ihre Beteiligung an der internationalen Afghanistan-Konferenz Anfang Dezember 2011 in Bonn ab; diplomatische Bemühungen auch seitens der Bundesregierung hatten bis kurz vor Beginn der Konferenz keinen Erfolg. Landesweit kam es zu Protesten gegen die NATO und vor allem die USA.

Katastrophale internationale Katastrophenreaktion

Laut Bericht der Vereinten Nationen zur Monsunflut 2011 (siehe Südasien 3/2011) waren bis Mitte November 2011 mehr als fünf Millionen Menschen vor allem in der Provinz Sindh auf humanitäre Hilfe angewiesen und mehr als

744 000 Menschen waren als Flut-Vertriebene registriert. Auf das internationale Hilfsersuchen der pakistanischen Regierung sowie auf den Finanzierungsauftrag (*Flash Appeal*) der Vereinten Nationen in Höhe von 357 Millionen US-Dollar gingen bis Mitte November 2011 aber nur rund 134 Millionen US-Dollar oder ca. 32 Prozent ein. Nach Haiti, Nicaragua und El Salvador zählt der aktuelle Pakistan-*Flash-Appeal* als der mit der niedrigsten Finanzierungsquote. Besonders betroffen sind die Sektoren Wasser, Gesundheit und Ernährung mit 20 Prozent, 36 Prozent beziehungsweise 37 Prozent Finanzierung des ermittelten Bedarfs. Die wichtigsten Quellen der Hilfe sind Gelder der USA, der EU sowie aus Kanada, Japan und Deutschland (7,1 Millionen US-Dollar), neben dem zentralen Nothilfefond der Vereinten Nationen (*Central Emergency Response Fund* – CERF). Die mangelnde Resonanz wird auf mehrere Faktoren zurückgeführt, darunter die Hungerkrise in Ostafrika, den im Jahr 2011 weltweit insgesamt hohen Nothilfebedarf, der viele Budgets zuvor schon belastet hatte und letztlich die noch nicht abgeschlossene Fluthilfe von 2010 und deren Versäumnisse. Zudem wurde zu Beginn der diesjährigen Flut offensichtlich das Schadensausmaß seitens der Regierung sowie in Berichten der Vereinten Nationen überhöht dargestellt, so dass Beobachter auch auf deutliche Kritik einiger Geber hinweisen. Dennoch haben zahlreiche Hilfsorganisationen – auch solche die zuvor nicht im Sindh aktiv waren – für die Betroffenen im Sindh und in Beluchistan Unterstützung geleistet und um weitere Spenden gebeten. Für Mitte Dezember haben die Vereinten Nationen die Publikation des überarbeiteten Fluthilfeplans 2011 angekündigt, welcher dann auch den Bedarf für die erste Wiederaufbauphase (*Early Recovery*) umfassen soll.

Rückblick auf 64 Jahre Partnerschaft mit den Vereinten Nationen

Anlässlich des Tages der Vereinten Nationen stellt eine Pressemitteilung der VN den Stellenwert Pakistans sowie die Beiträge der Vereinten Nationen für Humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit in diesem Land heraus. 19 VN-Einrichtungen mit insgesamt rund 3000 meist pakistanischen Mitarbeiter/-innen sind in Pakistan eingesetzt, um unterschiedlichste Programme gemeinsam mit der Regierung sowie über pakistanische Nichtregierungsorganisationen durchzuführen. Daneben sei Pakistan mit der Entsendung von „UN-Blauhelmen“ ein aktiver Unterstützer zahlreicher Friedensmissionen der Vereinten Nationen. Pakistan wurde zudem im Oktober 2011 für zwei Jahre in den

UN-Sicherheitsrat gewählt. Das für diesen Sitz erforderlicher Quorum von zwei Dritteln der Stimmen wurde in der Vollversammlung allerdings nur knapp erreicht. Für ein Jahr wird Pakistan im Sicherheitsrat neben Indien vertreten sein; dieses Zusammentreffen gab es auch schon 1968 und 1984.

Cholera-Alarm

Für den Sommer 2011 berichtete UNICEF im Juli 2011 mit einem Aufruf an internationale Geber von pro Woche landesweit im Durchschnitt 16 bestätigten Cholerafällen sowie rund dreimal mehr Verdachtsfällen. Selbst die Hauptstadt Islamabad blieb nicht verschont. Neben besonderen Behandlungsstationen mit Quarantäne-Möglichkeiten in besonders stark betroffenen Gebieten wurden vor allem Maßnahmen zur Hygieneaufklärung sowie zur Desinfektion von Trinkwasser durchgeführt. Da die Cholera-Problematik in Pakistan offiziell als gelöst betrachtet wird, werden die Krankheitsfälle statistisch als „akuter wässriger Durchfall“ (AWD) erfasst. Im Zuge der Monsunüberschwemmungen im August und September 2011 stieg der Bedarf an weiterer Cholera-Aufklärung und -Behandlung drastisch an.

Dengue-Ausbruch

Im Sommer 2011 hatten die Schlagzeilen pakistanischer Zeitungen wiederholt die in Pakistan unerwartet rasche Ausbreitung von Dengue-Fällen zum Thema. Neben den bis November 2011 rund 300 Dengue-Opfern und mehr als 14 000 Erkrankungen vor allem im Punjab wurden insbesondere die mangelnde Vorsorge und verspätete Reaktion der pakistanischen Behörden beklagt. Experten aus Sri Lanka und Indonesien kamen nach Pakistan, um sowohl medizinische Hilfe zu leisten als auch - oftmals einfache - Ratschläge zur Prävention und Bekämpfung der Ausbreitung der Denguemücke *Aedes aegypti* zu geben, wie etwa das Abdecken von im Freien gelagerten Autoreifen, in denen sich Regenwasser sammelt und die somit ideale Brutstätten für Mückenlarven bieten. Wichtige Maßnahmen der Regierung - mit Unterstützung der Weltgesundheitsorganisation und internationaler Hilfsorganisationen - waren neben Informations- und Aufklärungsveranstaltungen auch Säuberungsmaßnahmen in den Siedlungen sowie das Sprühen von Insektiziden. Zeitweilig wurden auch alle Schulen im Punjab geschlossen. Seit 2006 wurden vor allem im Punjab wiederholt Dengue-Ausbrüche im Sommer bekannt, ohne jedoch das Ausmaß und die oftmals panischen Reaktionen dieses Jahres zu erreichen.

Tuberkulose weiterhin nicht gebannt

Mit rund 17 000 an Tuberkulose (TB) erkrankten Menschen ist Pakistan unter den weltweit sechs am stär-

ksten betroffenen Ländern. Zur Eindämmung dieser medikamentös kurierbaren Infektionskrankheit hat die pakistanische Regierung ein *Public-Private-Partnership*-Programme mit landesweit 7000 TB-Vorsorge- und Behandlungsstationen ausgerufen und wird mit rund 147 Millionen US-Dollar des *Global Fund* in Genf unterstützt. Neben der teuren, rund achtmonatigen Medikamentenbehandlung, die nicht abgebrochen werden sollte, um Resistenzen zu vermeiden, ist vor allem die soziale Stigmatisierung der Erkrankten ein großes Problem. Vor allem Arme werden kostenlos behandelt, damit sie die Behandlung nicht aus Geldmangel unterbrechen. Zusätzlich sollen Screening und Aufklärungskampagnen vor allem an Schulen und in Moscheen sowie der Einsatz von Gesundheitsberatern eine verbesserte Vorsorge und Bereitschaft zur Behandlung erreichen.

Pakistanischer Botschafter in den USA bittet nach Medienskandal um seine Entlassung

Im Oktober 2011 machte ein Interview der *Financial Times* mit einem US-pakistanischen Geschäftsmann Furore. Er erhob den Vorwurf, dass der Botschafter Pakistans in den USA, Hussain Haqqani, vermeintlich im Auftrag von Präsident Zardari, eine Nachricht an US-Regierungsvertreter geschickt habe, mit der Bitte um Unterstützung der USA bei der Umbesetzung der Armeeführung und der Aufgabe von Verbindungen zu militanten Gruppen. Daraufhin trat Hussain Haqqani Mitte November von seinem Amt zurück. Der als enger Vertrauter Zardaris bekannte Haqqani hat bis zuletzt seine Urheberschaft an diesem im Wortlaut veröffentlichten Memo bestritten. Nach Bekanntwerden des *Memogate*-Falles wurde Haqqani, seit 2008 Botschafter in Washington, nach Islamabad einbestellt. Er wurde durch den Premierminister, die Armee- und Geheimdienstführung zur Rede gestellt und ihm letztlich der Rücktritt nahegelegt. Kommentatoren erwarten jedoch weitere politische Reaktionen, sollte eine direkte Verbindung von Präsident Zardari mit diesem Memo bestätigt werden. Auch so habe das Verhältnis zwischen Politik und Armeeführung durch das bisher bekannt gewordene Ausmaß des *Memogate* eine dramatische Wendung genommen.

SMS-Zensur

Eine Auflage der Pakistanischen Telekommunikationsaufsicht, gerichtet an die Mobilfunkbetreiber, sollte bewirken, dass diese alle SMS-Textsendungen auf insgesamt 1695 Wörter in Urdu und Englisch überprüfen und dann gegebenenfalls blockieren. Zu dieser Liste zählten Schimpfwörter, alle Hinweise auf Sex oder auf den christlichen Glauben. Zunächst galt eine Frist von sie-

ben Tagen, um entsprechende Filter einzurichten. Bald darauf wurde die Liste nach öffentlicher Kritik und noch bevor sie in Kraft trat aber reduziert und der Zeitplan für die Umsetzung auf unbestimmte Zeit verschoben.

Pakistanisch-indische Handelsdiplomatie

Nach Berichten der *Financial Times* von Mitte Oktober 2011 über Äußerungen der Außenministerin Hina Rabbani Khar plant die pakistanische Regierung Indien den Status eines bevorzugten Handelspartners anzubieten. Eine beiderseitige Vereinbarung sieht unter anderem vor, innerhalb der nächsten drei Jahre das Handelsvolumen von derzeit ca. 2,7 auf rund sechs Milliarden US-Dollar mehr als zu verdoppeln. Handelserleichterungen wie vereinfachte Geschäftsvisa, modernisierter Güterumschlag am Grenzposten in Wagah sowie Gaspipelines sollen unter anderem Pakistan als Transitland auch für den Handel Indiens mit Zentralasien attraktiver machen. Diese Handelserleichterungen und ein späterer Freihandel könnten nach Medienberichten sogar erreicht werden, ohne zuvor den Streit um Kaschmir zu lösen. Dies war bislang als gegenseitige Vorbedingung benannt worden.

Deutsche Reisediplomatie

Nach dem Besuch von Entwicklungsminister Dirk Niebel im Juni 2011 als Auftakt einer achttägigen Asienreise kam Anfang Oktober die Parlamentarische Staatssekretärin im BMZ, Gudrun Kopp, über Afghanistan nach Pakistan. Laut BMZ-Pressemitteilung forderte Frau Kopp von der pakistanischen Regierung deutlich mehr Eigenanstrengungen bei den dringend notwendigen Reformen unter anderem in der Wirtschafts- und Fiskalpolitik. Gute Regierungsführung sei „der Schlüssel zur Überwindung gravierender Entwicklungsprobleme Pakistans“. Mit Verweis auf die Fluten von 2010 und 2011 betonte sie, „dass Pakistan mehr Kraft und Ressourcen in den Katastrophenschutz und die -vorsorge investieren muss und wir die Regierung nach der zweiten Flut binnen eines Jahres an entsprechenden Erfolgen messen werden. Nach der verheerenden Flut des letzten Jahres, bei der Deutschland und auch andere internationale Partner tatkräftige Unterstützung geleistet haben, hat Pakistan nicht genug unternommen, um marode Dämme und Kanalisationssysteme instand zu setzen“, sagte sie. Im November kam Außenminister Guido Westerwelle zu seinem zweiten Besuch nach Pakistan und traf mit Präsident Zardari, der Außenministerin Hina Rabbani Khar und Armeechef Kayani zusammen. Der besondere Fokus der Reise lag im Vorfeld der internationalen Afghanistan-Konferenz am 5. Dezember 2011 in Bonn vor allem auf der Rolle Pakistans als Nachbar Afghanistans nach dem für 2014 geplanten Abzug der internationalen Truppen

aus Afghanistan. Hierzu stellte Westerwelle den Ländern der Region weitere Unterstützung in Aussicht. Auch über die bisherigen 50 Jahre der Entwicklungszusammenarbeit zwischen Pakistan und Deutschland hinaus, welche noch vor der offiziellen Gründung des Ministeriums (heute BMZ) 1961 begann, werden langjährige bilaterale Programme durch deutsche Finanzierungszusagen fortgeführt, darunter Gesundheitsförderung, Grund- und Berufsbildung sowie Stromerzeugung und Förderung regenerativer Energieträger und guter Regierungsführung.

Säbelrasseln entlang der *Durand Line*

In den internationalen Medien wird die Besorgnis vor allem pakistanischer Militärs und Politiker über Aufmärsche von afghanischen und US-Truppen entlang der Grenze zu Pakistan – der *Durand Line* – aufgegriffen. Demnach warnten pakistanische Kreise vor einem Militärschlag gegen Netzwerke der Taliban in Pakistan, der sogenannten Haqqani-Gruppe, vor allem in Waziristan, eine der grenznahen Stammesregionen. Eine solche Militäraktion würde die Atommacht Pakistan nicht tolerieren, sagte Armeechef Kayani laut Presseberichten, ohne dass er mögliche Reaktionen darlegte. Schon seit längerem gibt es Vorwürfe der USA, dass Pakistan und seine Armee nicht entschieden genug gegen das Haqqani-Netzwerk vorgehe oder dieses sogar zur Umsetzung eigener Interessen in Afghanistan unterstütze. Die bekannte Armeekonzentration in Afghanistan habe zum Ziel gehabt, die Verbindungswege der Taliban zwischen beiden Ländern zu kappen und sei mit der pakistanischen Armeeführung abgestimmt gewesen. Demgegenüber kritisieren pakistanische Kreise, dass die USA und Afghanistan das Problem nicht intern zu lösen bereit seien. Auf pakistanischer Seite ist das Interesse an Militäraktionen gegen das Haqqani-Netzwerk in der Tat nicht sehr groß. Zum einen agieren die Taliban nach pakistanscher Einschätzung nur in Afghanistan und weitere Militäraktionen im eigenen Land würden einzig zu noch mehr Terror führen. Zurzeit sind laut Presseberichten rund 140 000 Soldaten entlang der Grenze zu Afghanistan eingesetzt und mehr als 3000 pakistanische Soldaten kamen bislang im Anti-Terror-Kampf ums Leben, gegenüber etwa 2800 gefallenen und 2735 verunglückten Soldaten des Westens in Afghanistan. Eine offensichtliche Reaktion ist nach Berichten des *Express Tribune* der Plan einer östlichen Verteidigungsallianz mit China. Solche Verhandlungen wurden bislang nicht offiziell bestätigt, laut Presseberichten hat China aber schon nach der US-Aktion gegen Osama bin Laden vor weiteren Angriffen auf pakistanisches Territorium gewarnt. Zudem wurde spekuliert, dass Pakistan Details des in Abbottabad abgestürzten *Stealth*-Helikopters an China weitergegeben habe.

Fortsetzung s. nächste Seite >>>